

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 10 (1984)
Heft: 4

Artikel: Die Bankeninitiative: wie kam es dazu? : Milliarden im Tresor - Millionen ohne Brot
Autor: Epprecht, Claudia
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-360118>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE BANKENINITIATIVE: WIE KAM ES DAZU?

Milliarden im Tresor —



1977 wurde unerwartet schnell eine breite Öffentlichkeit auf die Praktiken unserer Schweizer-Banken aufmerksam gemacht. Der "Fall Chiasso" erschütterte den Ruf des schweizerischen Finanzplatzes empfindlich. Es wurde plötzlich offenbar, wie skrupellos sich unsere Banken der Kapitalflucht anderer Länder gegenüber verhalten, ja, wie sie keiner öffentlichen Kontrolle unterstellt sind.

Im Wesentlichen ging es im "Fall Chiasso" um folgendes: In der Filiale der Schweizerischen Kreditanstalt in Chiasso wurden grosse Summen von Fluchtgeldern in Form von Treuhandgeldern aus Italien angenommen. Treuhandgelder werden normalerweise auf Risiko des Kunden direkt

Von Claudia Epprecht

auf dem Euro-Geldmarkt angelegt, wo sie innerhalb des internationalen Bankensystems kurzfristig weiterverliehen werden. In diesem Falle aber gab die SKA ihren Kunden eine Garantie ab, und legte diese Gelder bei einer befreundeten liechtensteinischen Firma namens Texon an. Diese Firma kaufte damit wiederum Beteiligungen in Italien, welche sich jedoch als Verlustgeschäfte erwiesen. Da die SKA ihren Kunden — wegen den abgegebenen Garantien — das Geld zurückzahlen musste, entstand ein Verlust von 1,2 Milliarden Franken. Durch Auflösen ihrer stillen Reserven konnte die Kreditanstalt die Gelder bezahlen, ohne dass sie in der Bilanz einen Verlust aufweisen musste.

Als Antwort auf Chiasso lancierte die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) mit Unterstützung des

Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) die "Volksinitiative gegen den Missbrauch des Bankengeheimnisses und der Bankenmacht". Gleichzeitig schlossen sich verschiedene entwicklungspolitische Organi-

sationen in der "Aktion Finanzplatz Schweiz — Dritte Welt" zusammen und halfen bei der Unterschriftensammlung mit, so dass die Initiative 1979 mit 122'000 Unterschriften eingereicht werden konnte.

Was will die Bankeninitiative?

Die Bankeninitiative hat vier Anliegen, auf welche ich im Einzelnen genauer eingehen möchte:

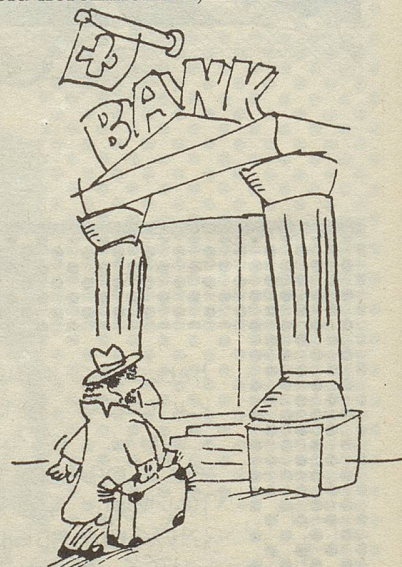
- Kapitalflucht eindämmen
- Bekämpfung der Steuerhinterziehung
- Begrenzung der Bankenmacht
- Sparer vor Verlust schützen

niesst... Und natürlich, Geschäfte florieren immer dort am besten, wo Geschäft vertraulich Geschäft bleibt. Wie sauber der Weg ist, auf welchem das Geld hereinkommt, kümmert wenig.

Die Kapitalflucht

eindämmen,...

Von Kapitalflucht sprechen wir im allgemeinen dann, wenn Geld aus wirtschaftlich schlechter gestellten Ländern (beispielsweise einem 3.-Welt-Land) in ein Land mit stabileren Verhältnissen (etwa die Schweiz) fließt. Obwohl viele dieser sogenannten schwächeren Länder wegen Kapitalknappheit Devisenausfuhrrestriktionen kennen, schafft es vor allem die Oberschicht immer wieder, auf den raffiniertesten Wegen diese Bestimmungen zu umgehen. Der Finanzplatz Schweiz hat wegen seiner einmaligen Stabilität für solche Gelder eine verlockende Attraktivität. Unsere Banken sonnen sich dabei genüsslich im Image des sauberen, ehrlichen Schweizer, der dank seiner Zuverlässigkeit ein unendliches Vertrauen ge-



Welche Auswirkungen solche Kapitalflucht aber auf die Armut und das Elend eines 3.-Welt-Landes hat, das scheint unseren Schweizer Bankherren keine schlaflosen Nächte zu bereiten. Damit die Wirtschaft eines Landes funktionieren kann, ist es auf einen angemessenen Kapitalstock für Investitionen angewiesen. Wird dieser

Millionen ohne Brot

Kapitalstock durch Kapitalflucht kontinuierlich abgebaut, so ist das Land darauf angewiesen, Kredit auf den internationalen Kreditmärkten aufzunehmen. Oft handelt es sich dabei genau um jene Fluchtgelder, welche von den Schweizer Banken wieder im Ausland angelegt werden. Es grenzt geradezu an Schizophrenie, wenn wir dabei feststellen müssen, dass diese Gelder nun wieder in die unterentwickelten Länder gepumpt werden, diesmal allerdings mit Auflagen der Kreditgeber, also der kapitalstarken Industriestaaten. Diese Auflagen führen oft zu verschärfterer Unterdrückung, wie etwa Lohnneinbussen der ärmsten Bevölkerungsschicht. Hunger, Not, grausame Ausblutung der Ärmsten wird zweitrangig, wenn die Kasse der Reichen stimmen muss! Wenn wir wissen, dass die Verschuldung der Dritten Welt mittlerweile über 1,5 Billionen Franken beträgt, so beschleicht einem ein Grauen beim Beobachten dieser Teufelsspirale von Kapitalflucht und Verschuldung. Ein Beispiel dieser finanziellen Ausblutung eines Landes durch Kapitalflucht ist Zaire. Diktator Mobutu soll gemäss eines geheimen Berichtes zuhanden des internationalen Wäh-

rungsfonds Vermögen im Wert von acht Milliarden Franken bei Schweizer Banken deponiert haben. Dieser Betrag entspricht fast den gesamten Auslandsschulden Zaires.

DIE BANKENINITIATIVE WILL NUN...., dass dem Ausland bei Währungs- und Steuerdelikten Rechtshilfe geleistet wird. Diese Rechtshilfepraxis ist lediglich eine Angleichung an die Praxis anderer Industriestaaten, und hätte längerfristig auch eine Verminderung der Attraktivität des Finanzplatzes Schweiz für Fluchtgeld zur Folge. Die Initiative ist also ein wichtiger Schritt zur solidarischen Entwicklungsarbeit der Schweiz.

...die Steuerhinterziehung bekämpfen,...

Was ist Steuerhinterziehung? In der Schweiz wird ein Unterschied zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug gemacht. Steuerhinterziehung heisst, das auf der Steuererklärung ein Teil des Einkommens nicht angegeben wurde. Dies ist **nicht** strafbar. Steuerbetrug hingegen heisst,

wenn auf der Steuererklärung falsche Werte angegeben werden oder Belege gefälscht werden. Dies ist strafbar.

Welche Auswirkung hat eine solche Regelung nun auf die Steuerabgaben? Jeder Lohnempfänger ist von Gesetz her verpflichtet, seiner Steuererklärung einen Lohnausweis beizulegen. Verweigert er dies, so darf der Steuerbeamte direkt beim Arbeitgeber einen Lohnausweis verlangen. Ein Selbständigerwerbender hingegen kennt keinen Lohnausweis. Es ist zwar zur Buchführung verpflichtet, und wird dazu angehalten, sich von seiner Bank oder seinen Banken entsprechende Bescheinigungen geben zu lassen. Aber Erfahrungen in der Praxis zeigen, dass gewisse Selbständigerwerbende die Neigung haben, nicht alle ihre Bankkontos in der Steuererklärung anzugeben.

Ein Beispiel ist das Steuerverhalten der Ärzte, deren wirkliches Einkommen einigermaßen bekannt ist: Das durchschnittliche Netto-Einkommen der Ärzte 1975 betrug 223'000.— Franken. In Zürich wurde ein Durchschnittseinkommen von 143'000.— Franken versteuert. Die Steuerbehörden haben kaum die Möglichkeit, diese Steuerhinterziehung zu ahnden, weil das Bankgeheimnis jegliche Auskunftspflicht der Banken verweigert.

Die Bankeninitiative — auch Frauensache!

C.E. "Am 20. Mai kommt die Bankeninitiative zur Abstimmung." — "Die Bankeninitiative?" — Ich lese in den Augen meiner Kollegin Hilflosigkeit. — "Ja, die Banken, da blickt ja niemand durch, das ist zu kompliziert."

Noch vor einem Jahr hätte ich genauso reagiert, hätte mit den Schültern gezuckt, und mich einem eindeutigeren, einfacheren politischen Thema zugewandt... Allein schon die Tatsache, dass der Handel mit dem Geld ausschliesslich der Männerwelt angehört, hätte mich vor einem echten Engagement zurückgeschreckt.

Der Grund, weshalb ich mich trotzdem im vergangenen Herbst im Kanton Zürich als Koordinatorin bei der Aktion Finanzplatz Schweiz — Dritte Welt meldete, war meine persönliche Betroffenheit. Meine vorherige Reise durch Südamerika drängte mich zum Handeln.

Die Diskrepanz zwischen der "Armut der leeren Bäuche", der Unterdrückung der Dritten Welt und der "Armut der fetten Bäuche", der psychischen Wracks der Ersten Welt, beeindruckte mich tief. Es wurde mir dabei wichtig, es nicht bei meinen persönlichen, aufwühlenden Erlebnissen zu belassen, sondern in unseren Verhältnissen der Schweiz endlich konkret Stellung zu nehmen, neue Alternativen zu suchen, positive Veränderungsmöglichkeiten zu unterstützen, und sie nicht weit von hier, irgendwo in der Dritten Welt zu erwarten.

Als Koordinatorin erfahre ich meine Arbeit als unendlich bereichernd und fordernd, sei dies im fachlichen oder mitmenschlichen Bereich. Aber besonders froh bin ich über die Unterstützung der — leider weniger zahlreichen — mitengagierten Frauen, denn ich bin echt auf sie angewiesen.

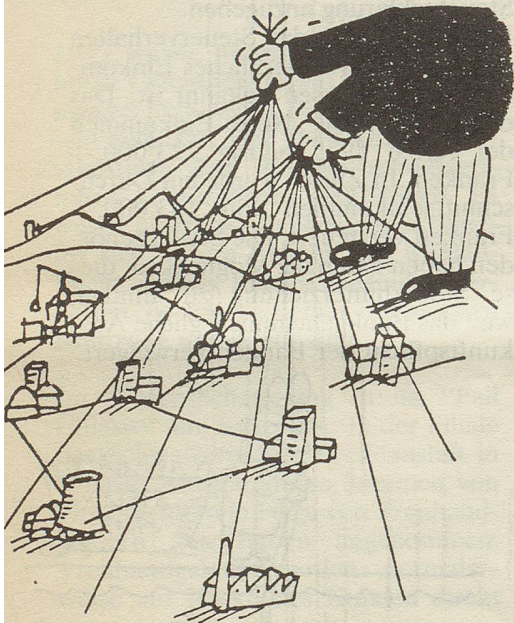


Es ist allgemein bekannt, dass Steuerhinterziehen als Kavaliersdelikt betrachtet wird und v.a. von wohlhabenden, klugen Steuerzahlern praktiziert wird. So verfälscht denn die massive Werbung der Banken, die der Bankeninitiative vorwirft, dass Coiffeure, Wirte, Bauern und Handwerker wegen Unehrlichkeit verdächtigt würden, auf bösartigste Weise das Initiativbegehren. Tatsache ist, dass (nach Schätzungen der "Aktion Finanzplatz") jährlich ein bis zwei Milliarden Franken Steuern hinterzogen werden.

DIE BANKENINITIATIVE WILL NUN... das Bankgeheimnis so lokern, dass Steuerbeamte beim Hinterziehungsverdacht die Banken um Auskunft ersuchen dürfen. Die Steuerbehörden sind ihrerseits an das Amtsgeheimnis gebunden, so dass gegenüber weiteren Personen das Bankgeheimnis völlig gewahrt bleibt.

...die Bankenmacht begrenzen...

Wer hat nicht in den vergangenen Wochen von den grossen Gewinnausschüttungen der drei Grossbanken SKA, SBG und SBV in den Zeitungen gelesen? — Wer hat sich dabei



nicht gefragt, wie solche Gewinne gerade in der Zeit der wirtschaftlichen Stagnation zustande kommen können? Beteuern die Banken nicht immer wieder, in unserer Wirtschaft "Retter der Not" zu sein, dass wir ihnen die Erhaltung von Arbeitsplätzen (z.B. Uhrenindustrie) zu verdanken hätten? Diese Selbstverständlichkeit, mit welcher im Kleid eines aufopfernden Nothelfers von gewinnbringenden Geschäften abgelenkt wird, ist zutiefst erschreckend.

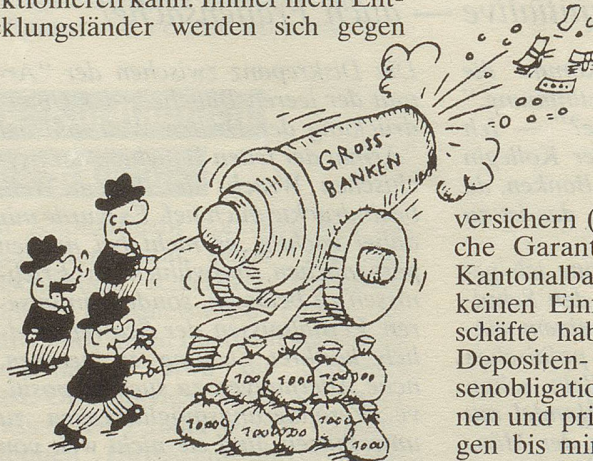
Es bleibt wirklich offen zu beurteilen, ob die Sanierung von serbelnden Wirtschaftszweigen nicht mehr dazu dient, das betreffende Unternehmen aus den roten Zahlen zu bringen, d.h. die Kapitalrentabilität wiederherzustellen. Die an die Sanierung geknüpften Bedingungen führen nämlich oft zu einschneidenden Rationalisierungsmassnahmen, die nicht selten auf Kosten der Arbeitnehmer (Gesundenschumpfung) gehen.

Schon allein an der äusseren Entwicklung ihrer Gebäulichkeiten können wir beobachten, wie vorallem die drei Grossbanken in den vergangenen Jahren angewachsen sind. Daneben bauen sich die Banken durch Depotstimmrechte, Beteiligungen an Unternehmen, Verwaltungsratssitze ein immer grösseres Imperium in unserer Wirtschaft und Politik auf. Im eidgenössischen Parlament war 1983 der Finanzplatz Schweiz mit 132 Verwaltungsratssitzen vertreten. Die Parlamentarier vertraten ein Aktienkapital von über 7 Milliarden Franken, was sie zur wichtigsten Fraktion, noch vor jeder politischen Partei machte.

DIE BANKENINITIATIVE WILL NUN..., dass die Gesetzgebung Bestimmungen zur Begrenzung der Verflechtung zwischen Banken und anderen Unternehmungen erlässt. Dabei geht es in keiner Weise um eine Verstaatlichung der Banken. Die Verflechtung soll vor allem in den drei Bereichen Beteiligungen, Verwaltungsratsmandate und Depotstimmen begrenzt werden.

...und Sparer vor Verlust schützen.

Wenn wir Punkt eins der Bankeninitiative zur Kapitalflucht gelesen haben, so wird uns bewusst, dass die Teufelsspirale von Verschuldung und Kapitalflucht längerfristig wohl kaum funktionieren kann. Immer mehr Entwicklungsländer werden sich gegen



die Auflagen zur Kreditgewährung von Industriestaaten wehren. So warf zum Beispiel der argentinische Mini-

sterpräsident Raúl Alfonsín, bei einer Rede am 25. März vor 60'000 Menschen, den Industriestaaten vor, die Beziehungen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern verdamme letztere zu immer grösserer Armut. Er werde seine "rechtmässigen" Schulden begleichen, aber keine darüber hinausgehenden Auflagen des Internationalen Währungsfonds oder der internationalen Banken akzeptieren. Zusätzlich wird der Zeitpunkt auch immer näher rücken, wo ein Land seine Schulden innerhalb einer bestimmten Frist nicht zurückzahlen kann. Stellen wir uns weiter vor, dass einige verschuldete Länder gemeinsam zahlungsunfähig werden, so ist anzunehmen, dass es bei exponierten Banken zu Bankenzusammenbrüchen kommt. Eine Kettenreaktion würde auch an der Schweizergrenze keinen Halt machen. (Z.B. rund die Hälfte der im Ausland angelegten Gelder sind kurzfristige Ausleihungen an andere international tätige Banken im Ausland. Diese sind ihrerseits an der Kreditgewährung an risikobehaftete Schuldner beteiligt.) Von 1971 bis 1979 gab es in der Schweiz 15 Bankenzusammenbrüche mit einem Verlust von einer Milliarde Franken. Der Bundesrat, der selber im neuen Bankengesetz einen Einlegerschutz befürwortet, musste dazu sagen: "Der geltende Einlegerschutz erwies sich als wirkungslos."

DIE BANKENINITIATIVE WILL NUN..., dass die Banken verpflichtet werden, die Einlagen ihrer Sparer zu

versichern (sofern noch keine staatliche Garantie besteht, wie bei den Kantonalbanken.) Da die Kleinsparer keinen Einfluss auf die Auslandsgeschäfte haben, sollen Spareinlagen, Depositen- und Einlagehefte, Kassenobligationen von privaten Personen und privaten Fürsorgeeinrichtungen bis mindestens 50'000.— Franken pro Einleger versichert sein. Als maximale Deckung schlagen die Initianten 100'000.— Franken pro Einleger vor.

Am 20. Mai können wir darüber abstimmen, ob die Welt um ein paar Milliarden gerechter werden soll!